



Renate Geuter
Mitglied im
Niedersächsischen Landtag

Informationen über meine politische Arbeit im Landtag und im Wahlkreis

Ausgabe 1 - April 2012

Inhalt:

Renate Geuter
 Mitglied der
 Bundesversammlung.....2

Geuter: Ausweitung
 der Umsatzsteuer-
 pflicht für
 Kommunen durch
 Bundesfinanzhof
 urteil?.....2

Durch Niedriglöhne droht
 der kommenden
 Rentnergeneration Alters-
 armut.....3

McAllister verdreht beim
 Netzausbau die Tatsachen
 Energiewende gefährdet...3

Scharfe Kritik an der Privati-
 sierung des landeseigenen
 Deutschen Windenergie-
 Institut (DEWI).....4

Schuldenbremse: Schwarz-
 Gelb betreibt Legendenbil-
 dung5

Geuter: Niedersachsen setzt
 Verbringungsordnung für
 Wirtschaftsdünger und Gär-
 reste nur halbherzig um.....5

SPD-Fraktion macht
 Gutachtenpraxis der Landes-
 regierung zum Thema.....6

Anfragen im Landtag...7

Reden im Landtag.....7

Impressum

ViSdP:
 Renate Geuter, MdL
 Moorstr. 7
 26169 Friesoythe
 Telefon: 04491 4664
 Email:
kontakt@renate-geuter.de

*Liebe Genossinnen und Genossen,
 sehr geehrte Damen und Herren,*

*ich freue mich, euch/Sie mit einem neuen
 Newsletter über meine politische Arbeit im
 Niedersächsischen Landtag und im Wahlkreis
 zu informieren.*



*Im Zusammenhang mit meiner Tätigkeit als Landtagsabgeordnete,
 als Ratsfrau der Stadt Friesoythe und als Vorsitzende der SPD im
 Landkreis Cloppenburg bin ich sehr daran interessiert, eure/Ihre
 Fragen, Anregungen oder Meinungen zu erfahren. Eure/Ihre Infor-
 mationen helfen mir, Politik nachvollziehbarer und bürgernaher zu
 gestalten. Gleichzeitig liegt mir viel daran, möglichst viele Aspekte
 eines Sachverhaltes bei Entscheidungsprozessen vor Ort oder in
 Hannover einzubeziehen und abzuwägen. Am einfachsten er-
 reicht/en ihr/Sie mich per Mail unter kontakt@renate-Geuter.de*

*Weitere Informationen über meine politische Arbeit stehen auf
 meiner Internetseite www.renate-Geuter.de*

*Herzliche Grüße und frohe Osterfeiertage
 Eure/Ihre*

Renate Geuter

Renate Geuter will Landtagsarbeit fortsetzen



Für die Landtagswahl am 20. Januar 2013 hat die SPD-Abgeordnete Renate Geuter (Wahlkreis 66, Cloppenburg-Nord) erneut ihre Kandidatur angemeldet.

Die Delegiertenkonferenz zur Kandidatenwahl im Wahlkreis 66, zu dem Barbel, Bösel, Friesoythe, Garrel, Großenkneten, Saterland und Wildeshausen gehören, findet am 14. April im Gasthaus Otte in Sage-Haast statt.

Renate Geuter Mitglied der Bundesversammlung



Bei der Wahl des neuen Bundespräsidenten Joachim Gauck am 18. März war unter den 1228 Wahlfrauen und -männern auch die Landtagsabgeordnete Renate Geuter. Das Foto zeigt sie im Gespräch mit Hans-Joachim Vogel.

Lesen Sie einen Erlebnisbericht von Hermann Borkelmann (auf dem Foto in der Mitte), Unterbezirk Oldenburg-Land, der ebenfalls an der Bundesversammlung teilgenommen hat:

Artikel lesen:

<http://www.spd-oldenburg-land.de/aktuell/nachrichten-ihrer-spd/2012/359852.php>

Geuter: Ausweitung der Umsatzsteuerpflicht für Kommunen durch Bundesfinanzhofurteil?

Landkreise Oldenburg, Cloppenburg, Vechta. Ein Urteil des Bundesfinanzhofes vom November 2011 sorgt für Unruhe unter den Kommunen bezüglich eventuell erhöhter Umsatzsteuerzahlungen. Die finanzpolitische Sprecherin der SPD Landtagsfraktion Renate Geuter stellt nun diesbezüglich eine Anfrage an die niedersächsische Landesregierung.

Mit der Besteuerung solle eine Wettbewerbsverzerrung zugunsten der öffentlichen Hand verhindert werden, so das Gericht. Diese geänderte Sichtweise, die auf einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) von 2008 beruht, führe zu einer „erheblichen Ausweitung der Umsatzsteuerpflicht für die öffentliche Hand im Vergleich zur gegenwärtigen Besteuerungspraxis der Finanzverwaltung“, teilte der Bundesfinanzhof mit.

Im konkreten Fall forderte eine Gemeinde den Vorsteuerabzug für die Errichtung einer Sport- und Freizeithalle. Die Kommune nutzte die Halle für den Schulsport, überließ das Gebäude aber auch gegen Bezahlung an private Nutzer sowie an eine Nachbargemeinde für deren Sportunterricht. Laut Bundesfinanzhof muss die Gemeinde Umsatzsteuer bezahlen für alle Tätigkeiten außerhalb des eigenen Schulsports. Die Gemeinde sei deshalb zum anteiligen Abzug der Vorsteuer entsprechend der Verwendungsabsicht bei Errichtung der Halle berechtigt.

Auch sogenannte Beistandsleistungen, bei denen eine Kommune einzelne Leistungen für eine andere Kommune gegen Kostenerstattung erbringt, sind steuerpflichtig, sofern es sich um Leistungen handelt, die auch von Privat Anbietern erbracht werden können. Entgegen der derzeitigen Besteuerungspraxis können danach zum Beispiel auch die Leistungen kommunaler Rechenzentren umsatzsteuerpflichtig sein.

Vor diesem Hintergrund fragt die hiesige SPD Landtagsabgeordnete Renate Geuter, welche Bereiche nach Ansicht der Landesregierung bei Land und Kommunen von den Auswirkungen dieses Urteils erfasst werden, welche finanziellen Auswirkungen und daraus resultierende eventuelle Kostensteigerungen für die Bürgerinnen und Bürger sich aus Sicht der Landesregierung aus dieser Entscheidung ergeben und ob die Niedersächsische Landesregierung dem Wunsch der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände entsprechen und sich beim Bundesfinanzminister für einen Nichtanwendungserlass einsetzen wird und wenn nein, warum nicht?

Städte und Gemeinden haben längst erkannt, welche Probleme aus diesem Urteil für sie entstehen können. „Die Landesregierung muss jetzt deutlich erklären, ob sie einfach weiter nur abwarten oder ob sie ihre Verantwortung gegenüber den Kommunen endlich wahrnehmen soll“, so Geuter.

Der Antrag mit Antwort der Landesregierung: <http://www.renate-geuter.de/content/358864.php>

Durch Niedriglöhne droht der kommenden Rentnergeneration Altersarmut



SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter (2. von links) mit dem Kreisvorstand der SPD-Arbeitsgemeinschaft 60plus Oldenburg-Land bei der Aktion „Für Mindestlohn und bessere Rente“ am Marktplatz in Wildeshausen. Mehr lesen: <http://www.spd-oldenburg-land.de/aktuell/nachrichten-ihrer-spd/2012/360259.php>

McAllister verdreht beim Netzausbau die Tatsachen Energiewende gefährdet

Mit Verwunderung reagiert die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag auf die Ankündigung McAllisters, heute (29.03.2012) im Rahmen des Treffens der norddeutschen Regierungschefs vom niederländischen Unternehmen Tennet konkrete Schritte anzunehmen. Renate Geuter stellt in diesem Zusammenhang klar: „Diese Landesregierung verschuldet seit Jahren den für die Energiewende erforderlichen Netzausbau, jetzt soll dies anderen in die Schuhe geschoben werden“.

Bereits seit 2005 wisse die Landesregierung von dem Vorhaben Ganderkesee-St. Hülfe. Sie habe Unstimmigkeiten mit Tennet sehenden Auges in ein gerichtliches Streitverfahren laufen lassen. „Tennet hat am 22.7.2011 Klage beim Bundesverwaltungsgericht in Leipzig eingereicht und die Landesregierung auf die Eröffnung des Planfeststellungsverfahrens verklagt“, erklärt Renate Geuter. Niedersachsen habe es nicht einmal geschafft, gegenüber Tennet die gesetzlichen Regelungen durchzusetzen. Auch die Kabeltrasse Wahle-Mecklar sei von der Landesregierung unzulänglich bearbeitet worden und habe kein zufriedenstellendes Ergebnis für die Menschen in der Region herbeigeführt.

Rolf Meyer, energiepolitischer Sprecher der Fraktion erklärt: „Für Niedersachsen ist eine erfolgreiche Energiewende Voraussetzung für den Erhalt unserer Wirtschaftskraft und unseres Wohlstandes. Diese Landesregierung hat keinen programmatischen Ansatz, wie die einzelnen Bausteine zusammengeführt werden müssen“. So fehle ein Masterplan für den erforderlichen Offshore-Ausbau. Hier liege Niedersachsen aufgrund der massiven wirtschaftlichen Probleme der Offshore-Branche über 90 Prozent hinter dem Ausbauziel. Auch im Bereich der Forschung und Entwicklung, wie z.B. der Speichertechnologie, würden niedersächsische Einrichtungen vernachlässigt. So habe Niedersachsen im bundesweiten Spitzencluster-Wettbewerb schon zum zweiten Mal zugunsten süddeutscher Interessen keine Fördergelder erhalten.

Ministerpräsident McAllister hat nichts vorzuweisen, was darauf hindeuten würde, dass die Energiewende in Niedersachsen gelingen kann. Starke Sprüche im Verbund der norddeutschen Regierungschefs können darüber nicht hinwegtäuschen“, so die scharfe Kritik Meyers. Die SPD fordert die Landesregierung auf, die Energiewende nicht weiter zu gefährden und endlich selbst Verantwortung und politischen Mut für die Zielerreichung zu übernehmen“.

Scharfe Kritik an der Privatisierung des landeseigenen Deutschen Windenergie-Institut (DEWI)

Anlässlich der heute getroffenen Kabinettsentscheidung zum Verkauf des Landesanteils am Deutschen Windenergie-Institut (DEWI) erklärt Renate Geuter, haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion: „Die beabsichtigte Privatisierung des DEWI durch Finanzminister Möllring ist intransparent. Wir werden das Verfahren kritisch hinterfragen und fordern die Landesregierung auf, sämtliche Ergebnisse des Vergabeverfahrens unverzüglich dem Haushaltsausschuss vorzulegen. Wir wollen von Herrn Möllring wissen, welche Vergabekriterien letztlich entscheidend sind und wie es um die Themen Arbeitsplatzsicherheit und Standorterhalt steht. Da bleibt bisher vieles im Unklaren.“

Nach Medienberichten wolle Finanzminister Möllring mit dem Verkauf des Landesanteils am DEWI an einen amerikanischen Konzern einen Erlös von 19,33 Mio. EUR erzielen. „Wieder einmal verkauft Herr Möllring Tafelsilber, um sich den Anschein eines Haushaltskonsolidierers geben zu können. Von der Summe gehen aber offenbar noch 4 Mio. Euro ab, mit der die Landesregierung eine Stiftung „Niedersächsische Windenergiefor-

schung“ einrichten will“, so Geuter weiter. „Derartige finanzpolitische Ansätze sind unsolide und unprofessionell und belegen einmal mehr die Ratlosigkeit des Finanzministers mit der er versucht, die Haushaltslöcher zu stopfen“.

Gerd Will, stellvertretender Vorsitzender und wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion kritisiert die Verkaufsabsichten vor dem Hintergrund der Energiewende besonders scharf: „Es ist fadenscheinig, das Thema Energiewende in Sonntagsreden immer ganz oben auf die Agenda zu setzen und bei erstbestiger Gelegenheit einen wichtigen Partner auf diesem Sektor zu privatisieren. Die Landesregierung hat noch im Jahr 2009 erklärt, dass verschiedene Vorhaben der DEWI neue Betätigungsfelder erschließen und eine Landesbeteiligung rechtfertigen könnten. Jetzt verabschiedet sich schwarz-gelb fahrlässig von einem wichtigen Standort der Windenergieforschung in Niedersachsen und kreiert eine Stiftung, deren Aufgaben eine Forschungswindanlage sein soll. Will fordert die Landesregierung auf, die Energiewende endlich umfassend zu begreifen: „Wir erwarten, dass die eigenen Einrichtungen gefördert und nicht wie unliebsamer Ballast verhöckert werden“.

Meine Tätigkeiten im Landtag

- Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen
- Mitglied im Unterausschuss "Prüfung der Haushaltsrechnungen"
- Mitglied im Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung
- Mitglied im Fraktionsvorstand der SPD Landtagsfraktion
- Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion



<http://www.spdnds.de/meta/mitglied-werden.php>

Heute schon gelacht?

Anruf beim PC-Pannen-Dienst:

"Hallo, wie kann ich Ihnen helfen?"

"Hallo, ich habe gerade meinen Computer angeschaltet, allerdings erscheint kein Bild."

"Leuchtet am Bildschirm ein kleines Lämpchen?"

"Nein!"

"OK, bitte überprüfen Sie, ob ein Kabel vom Bildschirm zum PC führt!"

"Moment bitte" - kurze Stille - "Ja, da ist ein Kabel!"

"Nun gut, dann überprüfen Sie mal ob ein Kabel vom Bildschirm zu einer Steckdose führt!"

"OK, kleinen Moment" - kurze Stille - "Leider kann ich das nicht genau erkennen, es ist so dunkel hier!"

"Schalten sie doch das Licht ein!"

"Geht nicht, wir haben einen Stromausfall!"

Schuldenbremse: Schwarz-Gelb betreibt Legendenbildung

Zur aktuellen Debatte über die Verankerung der sogenannten Schuldenbremse in der Niedersächsischen Verfassung erklärt die Haushalts- und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Geuter: „Die Vertreter der Regierungsfractionen betreiben Legendenbildung, wenn sie behaupten, sie könnten die Nettokreditaufnahme bis 2017 ohne Probleme auf null fahren.“

Die Landesregierung hat selbst deutlich gemacht, dass in den letzten Jahren die Ausgaben stärker angestiegen sind als die Einnahmen. Trotzdem wird treuherzig behauptet, man schaffe einen Paradigmenwechsel, den man in den Vorjahren nicht geschafft habe. Und dabei sagt man nicht, wie das gehen soll.

Die Landesregierung weist selbst darauf hin, wie schwierig es beispielsweise im Bereich der Subventionen und Zuwendungen ist, überhaupt Mittel zur Konsolidierung zu generieren. Die Koalitionsfraktionen sollten die Vorlagen ihrer eigenen Regierung einmal zur Kenntnis nehmen und studieren,

Die gesamte Rede: <http://www.renate-geuter.de/content/359915.php>

damit sie zukünftig davor gefeit sind, unrealistische Szenarien zu beschreiben.

Wenn man sich die finanzpolitischen Taten der Landesregierung in den vergangenen Jahren ansieht, ist festzustellen: Die letzte Konsolidierungsmaßnahme, die diese Landesregierung auf den Weg gebracht hat, stammt nicht von der Landesregierung unter Herrn McAllister, sondern noch von Herrn Wulff. Das war die Zwei-Prozent-Rasenmäher-Methode Anfang 2010.

Wir sind weiterhin sehr gerne bereit, mit CDU und FDP über die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung und auch über einen realistischen, sinnvollen Abbaupfad zu diskutieren. Aber das setzt voraus, dass sich bei Schwarz-Gelb Wort und Tat endlich einander annähern.

Bei der ganzen Diskussion fällt mir ein Bibelwort aus dem Matthäus-Evangelium ein. Dort steht: Hütet euch vor den falschen Propheten; sie stiften nur Unruhe. An ihren Taten sollt ihr sie erkennen.“

Geuter: Niedersachsen setzt Verbringungsordnung für Wirtschaftsdünger und Gärreste nur halbherzig um

Landkreis Cloppenburg/Landkreis Oldenburg/Landkreis Vechta. Wird die Einhaltung der Verbringungsverordnung für Wirtschaftsdünger in Niedersachsen ausreichend und flächendeckend kontrolliert? – Warum hält sich in Niedersachsen bisher nur jeder dritte Landwirt an die Meldepflicht? Das sind Fragen, die die SPD Landtagsabgeordnete Renate Geuter zu Beginn der „Düngesaison“ aufwirft.

Seit Herbst 2010 ist die Verordnung über das Inverkehrbringen und Befördern von Wirtschaftsdünger, die sogenannte Verbringungsverordnung des Bundes in Kraft. Sie gibt einheitliche Regeln für die Dokumentation von betriebsübergreifenden Wirtschaftsdüngertransporten und ergänzt damit die Düngeverordnung. Die Landwirtschaftskammer wurde vom niedersächsischen Landwirtschaftsministerium aufgefordert, für eine zeitnahe Umsetzung zu sorgen. Nach ersten Auswertungen der Landwirtschaftskammer sind knapp eineinhalb Jahr nach Inkrafttreten erst rund ein Drittel der Betriebe ihrer Mitteilungspflicht nachgekommen, erst jetzt droht die Landwirtschaftskammer Geldbußen für den Fall des Verstoßes gegen die Verbringungsverordnung an.

Weiterlesen: <http://www.renate-geuter.de/aktuell/nachrichten/2012/360352.php>

Die Anfrage mit Antwort der Landesregierung: <http://www.renate-geuter.de/content/358865.php>



SPD-Fraktion macht Gutachtenpraxis der Landesregierung zum Thema

Die SPD-Landtagsfraktion macht die Gutachten-Vergabepaxis der Landesregierung zum Thema im Landtag. Hintergrund ist die Kritik des Bundes der Steuerzahler an einem Gutachten zur Rechtmäßigkeit der Beschäftigung von Honorarkräften an Ganztagschulen, das das Kultusministerium in Auftrag gegeben hatte. Der NDR hatte in der vergangenen Woche darüber berichtet.

„Wir haben die NDR-Berichterstattung zum Anlass genommen, uns die seit 2006 dem Landtag zur Verfügung gestellten jährlichen Auflistungen der von der Landesregierung vergebenen Gutachten vorzunehmen. Dabei sind einige Auffälligkeiten aufgetaucht“, erläuterte die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Renate Geuter, am Donnerstag in Hannover. So seien allein an das Internationale Institut für Staats- und Europawissenschaften (ISE, Berlin) von Professor Hesse zwischen 2005 und 2010 vier Gutachtaufträge in einem Gesamtvolumen von rund einer halben Million Euro vergeben worden. „Dabei hatte die Landesregierung mehrfach im Landtag betont, sie sei bei der Verwaltungsmodernisierung nicht auf externen Sachverstand angewiesen. Obwohl extra eine personell gut ausgestattete Stabsstelle gegründet und obwohl mit Herrn Meyerding extra ein Staatssekretär installiert worden war, kaufte man noch für teures Geld Expertisen von Professor Hesse ein“, stellte Geuter fest.

Es falle auf, dass insbesondere bei der delikaten Frage, ob die bestehenden kommunalen Gebietskörperschaften zukünftig überlebensfähig seien, das federführende Innenministerium eben jenen Professor Hesse vorgeschickt habe. „Finanzminister Möllring hat 2004 diese Art von Gutachtenvergabe als ‚Flucht der Politik aus der Verantwortung‘ bezeichnet und sich damit über die Vorgängerregierung erhoben. Heute lässt sich feststellen, dass die selbsternannten Oberkonsolidierer ebenfalls gerne Steuergeld aufgewendet haben, um sich hinter Gutachtern zu verstecken“, kritisierte die SPD-Finanzexpertin.

Sie erinnerte zudem an eine Feststellung der damaligen CDU-Oppositionsfraktion, die 2002 rigoros

erklärt hatte, dass „bei Gutachten zur Effizienzsteigerung der Landesverwaltung, zur Staatsmodernisierung, zu Personalfragen und Organisationsfragen etc. (...) grundsätzlich hinreichender eigener Sachverstand in den Reihen der niedersächsischen Landesverwaltung vorhanden“ sei. Geuter: „Einmal in der Regierung schienen CDU und FDP offenbar erstaunlich schnell das Vertrauen in die Kompetenz und den Ideenreichtum der Landesbediensteten verloren zu haben.“

Noch fragwürdiger sei die gutachterliche Begleitung beim Verkauf der Landeskrankenhäuser gewesen. „Zwischen 2006 und 2008 hat das Land hierfür 4,216 Millionen Euro zuzüglich Umsatzsteuer ausgegeben. Auftragnehmer waren die Berater von Pricewaterhouse Coopers und Baker McKenzie“, zählte Geuter auf. Allein für eine nicht näher beschriebene „Rechtsberatung“ durch die Anwälte von Baker McKenzie habe das Land 2,47 Millionen Euro zuzüglich Umsatzsteuer bezahlt.

Die SPD-Finanzexpertin führte weitere Beispiele an, die Fragen aufwerfen: „Warum wurden 2006 fast 590.000 Euro für ein Gutachten zur Evaluation der niedersächsischen Arbeitsmarktprogramme ausgegeben, wenn doch der eigene Sachverstand so hoch ist? Wieso werden noch rechtliche und technische Hilfestellungen beim Projekt TK2010 benötigt, wenn für den Aufbau des integrierten Landesdatennetzes im Bieterverfahren doch der mutmaßlich beste Dienstleister gefunden worden ist?“

Geuter kündigte eine Reihe parlamentarischer Anfragen an, mit deren Hilfe in den nächsten Wochen und Monaten die Praxis der Gutachtenvergabe der Landesregierung beleuchtet werden solle: „Zu Beginn ihrer Amtszeit hatte die schwarz-gelbe Landesregierung die Vorgängerregierung der ‚Gutachteritis‘ zulasten der Landeskasse bezichtigt. Wir wollen nun wissen, ob man Wasser gepredigt und Wein getrunken hat. Die genannten Stichproben lassen es vermuten. Insbesondere wollen wir wissen, ob Gutachterleistungen gestückelt worden sind, damit sie unter der Meldepflicht-Grenze von 50.000 Euro liegen.“

Anfragen im Landtag 1. Quartal 2012

Bitte klicken Sie auf den Link, um die neuesten Anfragen Renate Geuters im Internet zu lesen.

Januar 2012

Ungerechtfertigte Bereicherung durch Nutzung von Wallheckenflächen in Niedersachsen?

Mit Antwort der Landesregierung

<http://www.renate-geuter.de/content/352706.php>

Mit dem Gesetz zur Novellierung des Finanzanlagenvermittler- und Vermögensanlagenrechts soll der „graue Kapitalmarkt“ besser reguliert werden – welche Folgen hat das für die niedersächsische Gewerbeaufsicht?

Mit Antwort der Landesregierung

<http://www.renate-geuter.de/content/351809.php>

Verbot von Grünlandumbruch für nicht unter die EU-Beihilferegelung fallende Flächen wird erschwert – Welche Ziele will die Landesregierung mit der von ihr jetzt vorgenommenen Neuinterpretation des Bundesnaturschutzgesetzes erreichen?

Mit Antwort der Landesregierung

<http://www.renate-geuter.de/content/351564.php>

Kooperationsverträge zur Nutzung des Bauprivilegs von Biogasanlagen – wie erfolgt die Kontrolle, ob die Voraussetzungen auch nach Inbetriebnahme der Anlage noch vorliegen und welche Folgen können sich daraus ergeben?

Mit Antwort der Landesregierung

<http://www.renate-geuter.de/content/351436.php>

Sicherung von leistungsfähigen Schulstrukturen im Grundschulbereich - Ersetzen taktische Maßnahmen der Schulbehörde die Notwendigkeit, auch einmal ein „heißes Eisen“ anzufassen?

Mit Antwort der Landesregierung

<http://www.renate-geuter.de/content/351435.php>

Februar 2012

Zahlreiche Klagen von Landwirten - Welche Folgen hat der Rechtsstreit bei der Modulation auf die Finanzierung der zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik? - Mit Antwort der Landesregierung

<http://www.renate-geuter.de/content/355685.php>

März 2012

Entwicklung der Steuereinnahmen des Landes in der Zeit von 2007 bis 2011 – Auswirkungen auf das strukturelle Defizit im Landeshaushalt

<http://www.renate-geuter.de/content/359967.php>

Wird die Einhaltung der Verbringungsverordnung für Wirtschaftsdünger in Niedersachsen ausreichend und flächendeckend kontrolliert? – Warum hält sich in Niedersachsen bisher nur jeder dritte Landwirt an die Meldepflicht?

Mit Antwort der Landesregierung

<http://www.renate-geuter.de/content/358865.php>

Umsatzbesteuerung der öffentlichen Hand – Welche Konsequenzen ergeben sich aus dem Urteil des Bundesfinanzhofes vom V R 41/10 für die Kommunen? - Mit Antwort der Landesregierung

<http://www.renate-geuter.de/content/358864.php>



<http://www.spd-fraktion-niedersachsen.de/>

Reden im Landtag 1. Quartal 2012

Klicken Sie auf den Link, um die neuesten Reden Renate Geuters im Internet zu lesen.

21.03.2012: Schuldenbremse: Seriöse Folgenabschätzung, aber keine leeren Versprechungen

<http://www.renate-geuter.de/content/359915.php>

21.03.2012: Privilegien für Tierfabriken streichen - kommunale Mitbestimmung und bäuerliche Landwirtschaft stärken!

<http://www.renate-geuter.de/content/359911.php>

